

“BRD” : Von der Wirtschaftskrise zur mentalen Krise

Einen Ausblick auf die aktuelle Lage und auf wahrscheinliche künftige Entwicklungen bietet

Thomas Engelhardt

mit seiner Abhandlung:

Wirtschaftskrise 2024/2025 oder: Von der wirtschaftlichen Krise zur mentalen Krise

Ob die Bundesdeutschen in einer künftigen Krisensituation wirklich fähig und in der Lage wären diese zu meistern, sei dahingestellt. In der Gesamtschau und in der Tendenz muß jedoch eher vom Gegenteil ausgegangen werden.

*Die Aussagen und Feststellungen von geistigen Größen wie **J. W. v. Goethe** zur Situation der deutschen Lande in der damaligen Zeit mögen damals, im 18. Jahrhundert, Gültigkeit besessen haben.*

Nach mehr als sieben Jahrzehnten Besatzungsherrschaft, Gehirnwäsche, Umerziehung und politischer Indoktrinierung sind die Bundesdeutschen heute im geistig-seelischen Sinne aber faktisch tot!

Der Autor vorliegenden Beitrages differenziert daher auch bewußt zwischen Deutschen und Bundesdeutschen. Letztere sind weit davon entfernt, noch als Deutsche bezeichnet werden zu können. Innerhalb von zwei bis drei Generationen seit Kriegsende sind sie nahezu vollständig amerikanisiert, verwestlicht, entsolidarisiert, entidealisiert, darüber hinaus manipuliert und im bundesdeutschen Sinne ideologisiert. Die Bundesdeutschen sind zudem in erheblichem Maße politisch indoktriniert und in in der Masse gar nicht in der Lage, ihre eigene Situation und die verheerende Lage von Volk, Staat und Nation zu erfassen.

„Kein größerer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man ihr den Nationalcharakter, die Eigenschaften ihres Geistes und ihrer Sprache nimmt.“

Immanuel Kant.

Darüber hinaus sei an große Denker wie Arnold Gehlen, Ernst Jünger, Gottfried Benn oder Carl Schmitt erinnert, die im Mai 1945 übereinstimmend zu dem Urteil gelangten, daß sich wohl kein Volk dieser Erde von einer Katastrophe, wie sie die Deutschen 1945 erlebten, durchleideten und erlitten wohl je wieder erholen könne. Die Geschichte seit 1945 scheint ihnen recht zu geben.

Den Krieg haben die Deutschen erst in den Jahrzehnten nach 1945 wirklich verloren.

Darüber hinaus haben die Bundesdeutschen in ihrer Mehrheit den Ungeist des leistungs-losen Profitstrebens verinnerlicht und als Gesellschaftsprinzip anerkannt. Im gewissen Sinne hat demnach also der Geist „des kleinen Volkes“ obsiegt. Zumindest vorläufig. Denn das Rad der Geschichte dreht sich, und die Lage morgen oder übermorgen kann eine völlig andere sein!

Bei Lichte betrachtet erweist es sich, und das ist die Lage Stand heute, daß die

Worthölse „parlamentarische Demokratie“ eine geschickte semantische Umschreibung für die unumschränkte Herrschaft des überwiegend überseeischen transatlantischen Großkapitals auch hierzulande ist.

Die Hochfinanz gibt auch den Takt für den avisierten schlußendlichen Umbau der gewachsenen Gesellschaft vor, indem neue ideologische Schlagwörter wie Klimawandel etabliert und in die Hirne der Menschen mittels plumper Propaganda eingepflanzt werden. Induziertes Irresein!

Längst ist die Machtfrage aus dem Bewußtsein der Massen verschwunden. Sie wird nicht mehr gestellt.

Ebenso ist die Frage nach den eigentlich Herrschenden, nach denen, die im Hintergrund agieren und die Fäden in den Händen halten, getilgt.

Können wir dessen ungeachtet aber doch optimistisch sein? Wohlan!

Heinrich von Kleist führte in seinem „Katechismus der Deutschen“ [1*] im 5.

Kap. (Von der Wiederherstellung Deutschlands) aus:

„Frage: Aber sage mir, wenn ein fremder Eroberer ein Reich zertrümmert, mein Sohn: hat irgend jemand, wer es auch sei, das Recht, es wiederherzustellen?“

Antwort: Ja, mein Vater, das denk ich.

Frage: Wer hat ein solches Recht, sag an?

Antwort: Jedweder, dem Gott zwei Dinge gegeben hat: den guten Willen dazu und die Macht, es zu vollbringen.“

KLEIST wiederholt hier die Auffassungen etwa eines **Samuel Pufendorf aus dem 17. Jh., die er in seiner Reichsverfassungsschrift „De statu imperii Germanici“ (lat. Über die Verfassung des deutschen Reiches) niederlegte. [Severinus de Monzambano (Pseudonym), De statu imperii Germanici, Genf 1667] [2*]**

Gesagt werden soll lediglich, daß der deutsche Geist immer wieder neu erwachte und sich Bahn brechen konnte. Seien wir

also zuversichtlich.

Und wenn in 50 Jahren nur 30 Millionen Deutsche („Bio-Deutsche“) übrig bleiben sollte, kann ein neuer Schicksalskampf nicht aussichtslos bleiben. Voraussetzung hierfür ist, daß die Deutschen aufwachen und zur Tat schreiten.

Soweit mir selbst das in der mir noch zur Verfügung stehenden Lebensspanne möglich ist, will ich an den Vorbereitungen hierfür teilnehmen und den Stab an die nächste Generation weiterreichen.

Das gegenteilige, pessimistische Szenario sähe dagegen folgendermaßen aus:

Ab 2025 ff.: fortlaufende schwere wirtschaftliche Rezession und beginnender Übergang in eine Depressions-Phase. In den Folgejahren: bis zu 5 Millionen Arbeitslose in der „BRD“.

Möglicherweise bereits in den nächsten Jahren:

- lange Schlangen vor den Arbeitsämtern**
- marodierende kriminelle Räuberbanden**

- **unsicher gewordene Städte**
- **ausufernde Kriminalität (Raub, Erpressung, Diebstahl, Einbruch)**
- **Preisexplosion bei Grundnahrungsmitteln**
- **Verknappung vieler Waren**
- **Zusammenbrechende Importwirtschaft (in der „BRD“ wird die Nahrungsmittelversorgung zu mehr als 60 % mit Einfuhren gedeckt!!!)**

Ab Beginn 2026 Millionen Kreditausfälle infolge von massenhaften Privat-Insolvenzen (die Leute sind nicht mehr in der Lage, ihren Kreditverpflichtungen für Häuser und Wohnungen nachzukommen).

Infolge der millionenfachen Kreditausfälle schwere Bankenkrise in der BRD, drohender Finanzcrash!

Aufgrund der internationalen Wirtschaftsdepression folgt ein Weltfinanzzusammenbruch (neudeutsch Crash) und dieser läßt die scheinbar festgefügtten stabilen politischen Systeme des Westens

zusammenbrechen. Mit bislang unabsehbaren Folgen.

Das eigentliche Problem:

Um die in Deutschland im Jahr 2019 verbrauchten Ernährungsgüter zu produzieren, wurde (theoretisch) eine Anbaufläche (ohne landwirtschaftliche Betriebsflächen) von ca. 19,4 Millionen Hektar benötigt.

Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche Deutschlands beträgt aktuell jedoch lediglich 16,7 Millionen Hektar (Qu.: Statistisches Bundesamt). Nach Deutschland 2019 importierte Ernährungsgüter belegten in den Herkunftsländern eine Fläche von 12,5 Millionen Hektar.

Somit machten die Importe 64 % der insgesamt benötigten Flächen für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern aus. Im Jahr 2008 hatte der Anteil noch bei 60 % gelegen.

Bricht das Weltwirtschaftssystem zusammen (wovon auszugehen ist), werden die Einfuh-

ren agrarischer Güter unterbrochen. Der überwiegende Viehbestand wird aber z.B. mit aus dem Ausland importierten Futtermitteln (Futtergetreide, Soja usw.) gemästet. Kein Futterimport = keine Fleischproduktion. Folge: extrem stark steigende Fleischpreise und Neubeginn privater Kleintierhaltung.

Die zum jetzigen Zeitpunkt bereits absehba-ren Langzeitfolgen sind für den Bürger nicht erkennbar, und die politischen Spitzen verschweigen die absolut grausamen Wahrheiten.

Es wird nicht mehr interessant sein, wer welches Auto fährt, sondern wer ein Stück Land besitzt, um sich und die Seinen irgendwie über die Runden zu bringen.

Ein Getreidevorrat, um selbst Mehl mahlen und Brot backen zu könnenm sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Nachdenklich werden die Leute erst, wenn die Lieferketten für die Supermärkte zusammen-brechen. Die Situation, die uns bevorsteht ist allenfalls mit dem Jahr 1929 zu vergleichen. Wahrscheinlich wird

es aber noch schlimmer.

1929 waren noch etwa 1/3 der Beschäftigten (ca. 9,5 Mill.) in der Landwirtschaft tätig bzw. lebten direkt von ihr (heute: etwa 570.000 Personen). Dieser Teil der Bevölkerung war von den Auswirkungen der damaligen schweren Wirtschaftskrise wenig bzw. nicht betroffen.

Der überwiegende Teil gerade auch der klein- und mittelstädtischen, z.T. auch der groß-städtischen Bevölkerung betrieb entweder eine Kleinstlandwirtschaft als Nebenerwerbs-betrieb oder setzte zumindest auf Eigenver-sorgung wichtiger Lebensmittel (Kartoffel, Obst, Gemüse, Kleintierhaltung). Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland betrug 1929 noch 29,4 Mill. ha, davon bebaute Ackerflächen 20,47 Mill. ha.

Dagegen noch einmal zum Vergleich die gesamte in der heutigen „BRD“ zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Nutzfläche: 16,7 Mill. ha. Damals hatte Deutschland eine Fläche von 468.787 km²

und (1925) 62,41 Mill. Einwohner. Heute leben 83 Mill. Menschen in der BRD (= 357.582 km²).

Kritiker eine solchen Zahlenaufrechnung weisen darauf hin, daß sich die Landwirtschaft in den vergangenen 75 Jahren erheblich weiterentwickelt hätte. Die Ernterträge konnten aufgrund der Durchmechanisierung der Landwirtschaft, moderner Anbaumethoden und Züchtungen z.T. mehr als verdreifacht werden.

Mit der Folge freilich, daß die Böden über-düngt, mit Pestiziden und Insektiziden vergiftet, ausgelaugt und biologisch oft tot sind. Jeder ehrliche Agrarexperte bestätigt diese auch durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigten Befunde.

Was bedeutet, daß sich die allgemeine Lage von Volk, Staat und Nation noch weitaus verheerender darstellt als hier lediglich kurz zusammengefaßt.

Im Vergleich zur Ausgangslage des Jahres 1929 heute also eine völlig anders gelagerte Situation:

Aktuell sind in der „BRD“ etwa 570.000 Menschen in der Landwirtschaft tätig. Doch diese Zahl trügt. Denn viele gerade stadtnahe Dörfer haben ihren dörflichen Charakter nahezu vollständig verloren, haben sich zu reinen Wohnsiedlungen entwickelt. In vielen Dörfern gibt es keine Bauern mehr, und die bestehenden Landwirtschaftsbetriebe sind hochspezialisierte, auf höchstmöglichen Profit ausgerichtete Unternehmen, die keine ganzheitliche Landwirtschaft mehr betreiben. Selbst diese „Bauern“, die bei Lichte besehen eher als Agrarunternehmer gelten müssen, sind zur Eigenversorgung oft nicht mehr in der Lage!

Die i. J. 1929 entstandene Armut- und Hungersituation könnte also 2025 ff. bei weitem übertroffen werden. Der überwiegenden Zahl der im Wohlstand feist und fett (und geistig träge) gewordenen Bundesdeutschen dürfte also ein böses Erwachen bevorstehen.

Und dann, spätestens dann, wird das Gejammer einsetzen. Erst Gejammer, dann das Geschimpfe „auf die Politiker“ und die

Politik. Und im nächsten Schritt werden genau diese Leute nach einem starken Mann rufen ... Seien wir also frohen Mutes. „Tempora mutantur, nos et mutamur in illis.“ (Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen).

Anmerkungen

[1*] https://de.wikipedia.org/wiki/Katechismus_der_Deutschen

[2*] *De statu imperii Germanici* (lat. Über die Verfassung des deutschen Reiches) ist eine verfassungsgeschichtliche Schrift des Naturrechtslehrers Samuel von Pufendorf (* 1632, † 1694) und hat die Entwicklung, den Zustand und insbesondere die staatsrechtliche Beurteilung der Verfassung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation zum Gegenstand. Sie gilt als das bedeutendste und zugleich umstrittenste Werk der Reichspublizistik und erschien erstmals im Jahre 1667 in Den Haag unter dem Pseudonym Severinus von Monzambano.

Zu großer zeitgenössischer Bekanntheit brachte es die darin enthaltene Charakterisierung der Reichsverfassung als eines „irregulären und einem Monstrum ähnlichen Körpers“ (*irregulare aliquod corpus et monstro simile*). Der vollständige Titel der ursprünglich in lateinischer Sprache verfaßten Schrift lautet *Severini de Monzambano Veronensis, De statu imperii Germanici ad Laelium fratrem, Dominum Trezolani, liber unus*.

Historischer Hintergrund war die Tatsache, daß die damaligen Großmächte Frankreich und Schweden seit dem sog. Doppelfrieden von Münster und Osnabrück zu Garanten und Wahrern der Reichsverfassung wurden und die zum Reich gehörigen politischen Einzelterritorien faktisch eigenständig und selbständig waren (der sog. Doppelfrieden war ein sog. Präliminarfriedensvertrag; gemäß heutigem Verständnis ein Waffenstillstandsvertrag. Der

Friedenschluß im völkerrechtlichen Sinne wurde zwischen April 1649-Juli 1650 auf dem Nürnberger Exekutionstag verhandelt und die Ergebnisse der Verhandlungen im Nürnberger Reichs-Friedens-Rezess vom Juli 1650 niedergelegt. Behandelt wurden insbesondere alle Probleme der Demobilisierung sowie des Abzugs der fremden ausländischen Truppen (Schweden, Finnen, Franzosen, Schotten, Spanier, Wallonen, Kroaten, Polen) aus den besetzten Gebieten bzw. Garnisonen und festen Plätzen. Staats- und völkerrechtlich endete der sog. Dreißigjährige Krieg (als Abfolge von vier Einzelkriegen) demzufolge erst mit dem Friedensschluß v. 26. Juli 1650. Bis Sommer 1650 war ganz Kursachsen (Kurfürstentum Sachsen einschl. des Thüringer Kreises, der Ober- und der Niederlausitz) beispielsweise schwedisch besetzt!

Die damalige Lage des Reiches war vergleichbar jener dreihundert Jahre später. Anders als damals stehen aber bis heute ausländische Truppen (und Geheimdienste) in unserem Land und ein Friedensvertrag wurde zu keinem Zeitpunkt in Erwägung gezogen.

Der sog. 2+4-Vertrag (eigtl. Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland), unterzeichnet am 12. September 1990 in Moskau und in Kraft getreten am 15. März 1991, dem Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die Sowjetunion, wurde von den Siegermächten 1990 als faktischer Friedensvertrag definiert. Diese Sichtweise und Interpretation wurde von bundesdeutschen Politikern, Offiziellen, Behörden und Verwaltungen übernommen. Hierbei blieb (und bleibt bis heute) unberücksichtigt, daß weder die westdeutsche sog. Bundesrepublik Deutschland (BRD) noch der Besatzungspröbbling sowjetischer Provenienz namens „DDR“ im Sinne und im Auftrag Gesamtdeutschlands verhandlungsfähig und verhandlungsberechtigt waren. Beide Staatsgebilde waren Suzeränstaaten der jeweiligen Hauptsiegermacht USA (Nordamerikanische Vereinigte Staaten) und UdSSR (Sowjetunion, Union der sozialistischen Sowjetrepubliken).

Eine frei gewählte, unabhängige deutsche Regierung, die im

Sinne und im Auftrag des eigentlichen Souveräns, des deutschen Volkes, hätte handeln können, existierte 1990 nicht (und existiert bis heute nicht! síc!). Voraussetzung gewesen wäre die Wahl, Berufung und Einsetzung einer gesamtdeutschen Versammlung und erst danach Verhandlungen über den Status Gesamtdeutschlands.

Allein die Tatsache, daß Vertreter beider deutscher Suzeränstaaten die endgültige Abtrennung, Abspaltung und Preisgabe Ostdeutschlands und damit eines Drittels des deutschen Staatsgebietes (insgesamt ca. 170.000 km²) vertraglich unterzeichneten, ist Indiz für den (Un-)Wert des 1990 abgeschlossenen neuen Knebel- und Zwangsvertrages, der heute auch als sog. Regelungsvertrag bezeichnet wird.

In Bezug auf die Ernährungslage und Versorgungssicherheit Bundesdeutschlands, zu der im Oberen Haupttext bereits Ausführungen gemacht werden, müssen an dieser Stelle noch einmal Flächengrößen bzw. Flächenzahlen genannt und vergleichsweise aufgeführt werden:

Deutschland (Kaiserreich): 540.858 km²

Deutschland (Weimarer Republik) 468.787 km²

Deutschland (31.12.1937) 470.715 km² (nach Eingliederung des Saargebietes (1935) mit 1.910 km²)

Deutschland (März 1939) 473.372 km² (nach Eingliederung des 1920 durch Litauen annektierten Memellandes im März 1939 mit 1.910 km²)

Deutschland (und Österreich) (Sept. 1939) 681.160 km² (einschl. der 1920 durch Polen annektierten Gebiete Posen, Westpreußen, Ostoberschlesien, des Freistaates Danzig, des Regierungsbezirks Zichenau, Polnisch-Schlesien, des östlichen Teils des neuen Reichsgaues Wartheland sowie ehemaliger polnischer Gebiete)

Deutschland (Ende 1939) 730.000 km² (einschl. des Protektorats Böhmen & Mähren mit 49.000 km²)

Deutschland (Großdeutschland) (1941) 731.300 km² (nach

Eingliederung des neuen Landkreises Sudauen 1.300 km²)

BRD (Westdeutschland, genannt Bundesrepublik Deutschland) bis 1990) 249.000 km²

Im Vergleich dazu:

Frankreich (ohne Übersee) : 543.940 km²

Dänemark (mit Grönland) : 2.208.921 km²

Polen: 312.700 km² (50 % des Territoriums gehörte bis 1919/1920 zu Deutschland!!!)

Ukraine: 603.550 km²

Vereinigte Staaten: 9.834.000 km²

Nord-Ostpreußen (jetzt unter russischer Verwaltung stehender „Oblast Kaliningrad“) : 15.125 km

Ostpreußen (Gebietsstand 1941) : 50.500 km²

DDR („Deutsche Demokratische Republik“, bis 1990) : 108.333 km²

„**BRD**“ (Deutsche Bundesrepublik bis 1990): 248.717 km²

Land Niedersachsen (2022): 47.615 km²

„**BRD**“ (Stand 2022): 357.588 km²

Österreich (Bundesrepublik Österreich) 83.882 km²

Um noch einmal die Dramatik der heute gegebenen Situation darzustellen:

Auf dem Gebiet der alten Bundesländer (BRD-Territorium bis 1990) lebten im Jahr 1944 **38 (achtunddreißig)** Millionen Menschen, heute aber **67 (siebenundsechzig)** Millionen.

Die Einwohnerzahl in den bis 1949 als Westzonen bezeichneten Gebieten) und danach das Territorium des deutschen Teilstaates „BRD“ (genannt Bundesrepublik) bildend wuchs bis 1989 infolge Zuwanderungen aus Ost- und Mitteldeutschland und den

Vertreibungsgebieten in Osteuropa (Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Sowjetunion) bis auf 62,68 Millionen (Stand 1989)!

Noch einmal: Aktuell leben auf dem Gebiet der Altbundesländer 67 Millionen Menschen, in den neuen Bundesländern 12,55 Millionen (1989: 16,4 Millionen einschließlich Ostberlin).

Berlin hat heute eine Einwohnerzahl von 3,65 Millionen (i. J. 1938 wurden bis 1970, nach Abschluß des geplanten Umbaus der Reichshauptstadt, 10 Millionen Einwohner geplant, die innerhalb des Reichsautobahnringes leben sollten; in den Vor- und Satellitenstädten außerhalb der Ringautobahn sollten noch einmal 1,5 bis 2 Millionen Menschen angesiedelt werden).

D.h. im Osten des heutigen Deutschland (BRD-Gebiet) leben (einschl. Berlin) insgesamt 16,2 Millionen Einwohner, in West-, Nord- und Süddeutschland (= Alt-BRD) dagegen 67 Millionen:

Mitteldeutschland (einschl. Berlin) : 108.580 km², 16, 2 Mill. Einw.

Altbundesländer : 248.800 km², 67,14 Millionen Einw.

Besonders berücksichtigt werden muß darüber hinaus (abgesehen von der an sich schon fatalen Bevölkerungsverteilung in der Fläche) die Tatsache, daß etwa 77,5 % der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik heute in Städten lebt (Stand 2020). [Qu.: <https://de.statista.com/>].

In den 81 Großstädten (> 100.000 Einwohner) der BRD leben aktuell (Stand 2022) etwa 30 % der Gesamtbevölkerung, d.h. ca. 25 Millionen, davon allein 5,1 Millionen im Ruhrgebiet (= Stadtzusammenballung von 15 Städten im heutigen Regionalverband Ruhrgebiet).

Im Falle einer Nahrungsmittel- und Versorgungskrise sind die möglichen Folgen nicht auszudenken.

Dies sollte hier dargestellt werden.